

AfD-Fraktion Herdecke • kontakt@afd-fraktion-herdecke.de

Rathaus
Bürgermeisterin Iris Stalzer
Kirchplatz 3
58313 Herdecke

Herdecke, den 10.04.2026

**Antrag der AfD-Fraktion Herdecke zur Aufnahme des Punktes
„Resolution ‚Demokratie ohne Gewalt‘“
auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Herdecke am 18.06.2026**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stalzer,

in der jüngsten Vergangenheit kam es zu zwei Vorfällen in Schwelm und Gevelsberg, bei denen den Betroffenen körperlicher, seelischer und finanzieller Schaden zugefügt bzw. angedroht wurde.

Die Vorfälle sind nachfolgend in kurzer Form und in den angehängten Presseberichten ausführlicher dargestellt.

Vorfall in Schwelm:

In Schwelm hat ein Gastronom, der für die AfD als sachkundiger Bürger im Stadtrat aktiv ist, Briefe mit Morddrohungen („Pass auf - Tod geht schnell“) erhalten. Zudem wurden sein Restaurant mit Graffitis beschmiert, sein Auto mit übel riechender Buttersäure überschüttet und die Internet-Präsenz seines Restaurants mit bewusst schlechten und erfundenen Rezensionen überzogen, um Gäste von einem Besuch abzuhalten.(1)

Vorfall in Gevelsberg:

In Gevelsberg erhielt die Wirtin des Gasthauses „Keglerheim“ seit längerer Zeit Drohanrufe mit der Forderung, den Saal des Gasthauses nicht an die AfD zu vermieten. Anfang April wurden nachts mehrere Scheiben des „Keglerheims“ mit Steinen eingeworfen. Durch anschließende Attacken der Innenräume und der Fassade mittels mit Farbe gefüllter Flaschen kam es zu einem Gesamtschaden von mehreren Tausend Euro. Der Hund der Wirtin wurde dabei getroffen und musste geschoren werden.(2)

Quellen:

- (1) Bericht aus der Westfalenpost vom 06.04.2026:
<https://www.wp.de/lokales/ennepetal-gevelsberg-schwelm/article411609427/bei-afd-aktiv-morddrohungen-gegen-schwelmer-gastronom.html>
- (2) Bericht aus der Westfalenpost vom 09.04.2026:
<https://www.wp.de/lokales/ennepetal-gevelsberg-schwelm/article411670154/anschlag-auf-keglerheim-in-gevelsberg-gewaltbereite-linke-szene-im-verdacht.html>

Vor diesem Hintergrund möge der Rat der Stadt die folgende Resolution verabschieden:

Titel: Demokratie ohne Gewalt

Inhalt:

- (1) Der Rat der Stadt begrüßt einen fairen, friedlichen und demokratischen Wettstreit der Parteien. Dies schließt sachliche Kritik an politischen Mitbewerbern oder deren Positionen ausdrücklich mit ein.
- (2) Der Rat der Stadt verurteilt jede Form von Straftaten und Diffamierungen, die über sachliche Kritik hinausgehen und sich gegen Personen, Gruppen oder Veranstaltungsorte richten, und darauf ausgerichtet sind, den Betroffenen körperlichen, seelischen oder finanziellen Schaden zuzufügen.
- (3) Der Rat der Stadt ermutigt alle Bürger der Stadt, sich aktiv gegen vorsätzliche und über die Sachlichkeit hinausgehende Kritik zu positionieren, falls diese darauf abzielt, den Betroffenen körperlichen, seelischen oder finanziellen Schaden zuzufügen.

Ziel: Sicherstellung eines fairen, friedlichen und demokratischen Wettstreits der Parteien

Begründung:

Ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie ist der Austausch von Meinungen und Positionen der politischen Konkurrenten.

Dieser Diskurs darf Ausrichtungen des gesamten politischen Spektrums umfassen, solange sich diese in dem Rahmen bewegen, den die Verfassung und der Rechtsstaat dafür vorgeben.

Dieses zulässige Spektrum bewegt sich politisch von ganz links bis ganz rechts.

Als Demokrat muss man nicht jede dieser Meinungen oder Positionen teilen, aber man muss in der Lage sein, deren legitime Existenz auszuhalten. Sachliche Kritik daran ist im politischen Austausch selbstverständlich erlaubt.

Wer wie in den beiden obigen Beispielen agiert, hat den rechtlich erlaubten Rahmen der Kritik verlassen und handelt kriminell.

Wir reden hier nicht von infantilen, primitiven oder bewusst unwahren Kommentaren in den sozialen Medien.

Wir reden von Straftaten, die Menschen in ihrer Existenz bedrohen.

Wir reden von vorsätzlichen Inkaufnahmen von körperlichen oder seelischen Schädigungen.

Und wir reden von dem Versuch, Menschen in ihrem Recht auf selbstbestimmtes politisches Handeln und ihre eigene Meinung mittels Straftaten einzuschränken.

Mit Demokratie hat dies nichts mehr zu tun.

Wir freuen uns, wenn sich der Rat der Stadt geschlossen hinter diese Position stellen und diese Resolution verabschieden würde.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Haarmann (Fraktionsvorsitzender)

Westfalenpost vom 06.04.2026:

Bei AfD aktiv: Morddrohungen gegen Schwelmer Gastronom

Alexander Hoffmann eröffnete in Schwelm das Sabor Andaluz. Gleichzeitig ist er für die AfD als sachkundiger Bürger aktiv. Nun häufen sich die Drohungen gegen ihn.

Alisa Schumann

Schwelm. Für den 23-jährigen Schwelmer Alexander Hoffmann war es die Verwirklichung eines langgehegten Traums: Zu Beginn des Jahres eröffnete der gelernte Hotelkaufmann an der Kirchstraße das „Sabor Andaluz“, eine Mischung aus Café und Tapas-Bar. Doch seit dem Start in die Selbstständigkeit sieht sich Hoffmann mit einer Serie aus Anfeindungen, Sachbeschädigungen und sogar Morddrohungen konfrontiert. Der Grund: Alexander Hoffmann engagiert sich privat als sachkundiger Bürger für die AfD in Schwelm.

Dieser Umstand sorgte bereits mit der Ankündigung der Restauranteröffnung für Kritik, wie Hoffmann erzählt. Auf ihrer Instagram-Seite und Homepage berichtete die Initiative „Ennepe-Ruhr stellt sich quer“ am 11. Dezember 2025 von der Eröffnung des Lokals in der Kirchstraße. In dem Beitrag wird die Frage aufgeworfen, ob in dem Restaurant künftig über millionenfache Deportationen schwandern dürfen. „Wer glaubt, dass das nur ‚privat‘ sei, verkennt das Kalkül“, schreiben die Verfasser des Beitrags. „Rechte Strukturen suchen Orte, an denen sie Anschlussfähigkeit erzeugen können.“ Auf die Bitte der Redaktion um ein Gespräch zum Beitrag und zu den Anfeindungen gegen Alexander Hoffmann reagierte die Initiative bisher nicht.

Über die Heftigkeit der Kommentare, die „weit unter die Gürtellinie“ zielen würden, war Hoffmann überrascht. Kurz darauf sei es im Januar zu ersten Vorfällen an seinem Ladenlokal gekommen: Aufkleber, unter anderem mit der Botschaft „Alles AfD oder was?“, seien an Tür und Scheiben geklebt, die Gebäudefassade mit Graffiti beschmiert worden. Zudem würde das Restaurant immer wieder bewusst schlechte Rezensionen im Internet erhalten, um Gäste von einem Besuch abzuhalten. Alexander Hoffmann sagte, er habe die Löschung negativer Kommentare veranlasst, wenn offensichtlich schien, dass hier kein tatsächlicher Restaurantbesuch bewertet wurde.

Morddrohungen im Briefkasten
Viel mehr würden den 23-Jährigen jedoch die persönlichen Drohungen belasten, wie er erzählt: Sowohl im Geschäftsbriefkasten als auch an seiner privaten Anschrift fand Hoffmann handgeschriebene Briefe mit Morddrohungen vor. „Pass auf – Tod geht schnell“, ist darin unter anderem in Großbuchstaben zu lesen, verbunden mit der Aufforderung, das Lokal zu



Der Schwelmer Gastronom Alexander Hoffmann ist wegen seiner Parteilarbeit als sachkundiger Bürger der AfD Morddrohungen und Sachbeschädigungen ausgesetzt.

Alisa Schumann (2)



In die Lüftung des Autos von Alexander Hoffmann wurde Buttersäure gegossen und Eier aufs Fahrzeug geworfen.

Privat



Beinahe täglich erreichen Alexander Hoffmann E-Mails, in denen ihm wegen seiner Parteizugehörigkeit zur AfD gedroht wird.

Das hat mich am meisten schockiert.

Alexander Hoffmann
Inhaber des „Sabor Andaluz“

schließen. „Das hat mich am meisten schockiert. Man hat natürlich ein mulmiges Gefühl“, gibt der 23-Jährige zu. Doch seine Sorge gelte nicht sich selbst, sondern vielmehr seinen Mitarbeitern und seiner Familie.

Drei fest angestellte Mitarbeiter sowie Aushilfen beschäftigt Hoffmann derzeit. Zwei der Mitarbeiter stammen laut Hoffmann aus Pakistan und Indonesien. „Wenn ich das Lokal jetzt schließe und sie ihren Job verlieren, verlieren sie auch ihren Aufenthaltstitel in Deutschland“, erklärt Hoffmann. Hört man so manchem AfD-Politiker zu, wären Einwanderer, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen, für sie eher eine frohe Botschaft.

Hoffmann sieht das anders: „Jeder Mensch hat das Recht, dort zu leben, wo er gerne leben möchte. Menschen sollten die Wahl haben,

aber sie sollen auch immer ihren positiven Teil zur Gesellschaft beitragen.“ Dazu gehöre, wie seine Mitarbeiter, in Lohn und Brot zu stehen. „Was ist, wenn es so ein paar Idioten – auf Deutsch gesagt – schaffen, dass so ein Lokal zu machen muss? Wie geht das mit den Menschen weiter?“, fragt Hoffmann.

Ein Vorfall mit einem seiner Mitarbeiter habe seine Sorgen vergrößert. Der Mann sei auf der Straße von zwei ihm unbekannt Personen angesprochen und festgehalten worden. „Sie fragten ihn, ob er denn wüsste, für wen er arbeiten würde, und dass ich ja so rechts wäre“, schildert Hoffmann das Erlebnis seines Mitarbeiters.

Ein vorläufiger Höhepunkt der Angriffe gegen seine Person ereignete sich Mitte März: Unbekannte überschütteten in der Lohmannstraße sein Auto mit Buttersäure und Eiern, zudem wurde ein Reifen zerstochen. Die stinkende Flüssigkeit wurde auch in die Lüftung des Fahrzeugs geschüttet. „Es stank nach Erbrochenem“, schildert Hoffmann und beziffert den Schaden auf mehrere tausend Euro.

Wie die Polizei im Ennepe-Ruhr-Kreis mitteilt, sind die Anfeindungen gegen Alexander Hoffmann dem Staatsschutz bekannt, werden aber zum Teil von der Kreispolizeibehörde in Ennepetal bearbeitet. Die Behörden befänden sich im stetigen Austausch. Wie Christoph Neuhaus, Pressesprecher der Behörde, bestätigt, liegen der Polizei seit Anfang des Jahres diverse Anzeigen von Hoffmann vor – mehr als 15 hat er mittlerweile erstattet. Bei den schlechten Bewertungen seines Lokals, die der Gastronom anzeigte, handele es sich jedoch um keinen strafrechtlich relevanten Sachverhalt.

Bekennerschreiben erhalten

Anders sehe das mit den Beschädigungen mit politischen Botschaften am Gaststättengebäude aus. „Über diesen Sachverhalt wurde auch der Staatsschutz in Kenntnis gesetzt, genauso wie über die Attacke auf sein Fahrzeug, weil sich aus dem Gesamtzusammenhang erkennen lässt, dass es sich dabei möglicherweise um eine politisch motivierte Straftat handelt“, so Neuhaus. Die Ermittlungen zur Pkw-Anzeige seien mittlerweile abgeschlossen und an die Staatsanwaltschaft übermittelt worden. Im Falle der Morddrohungen ermittle der Staatsschutz weiter.

Derweil gibt es im Netz ein Bekennerschreiben. Auf der Seite Indymedia hat eine unbekannt Person unter dem Thema Antifa einen Beitrag verfasst, in dem der Angriff als politisch motivierte Aktion dargestellt wird: „Um deutlich zu machen, dass Alexander Hoffmann hier nicht willkommen ist, haben wir ihm die feinsten Düfte in die Lüftung seiner Karre gekippt.“ Zusätzlich werden auch die

genaue Fahrzeugbezeichnung sowie das Kennzeichen des Autos veröffentlicht.

Zum Lokal schreibt die Person: „Leider landen hier viele ahnungslose Besucher und finanzieren so einen AfD-Unterstützer. (...) Wir sehen darin einen Versuch, die AfD weiter salonfähig zu machen.“ Weiter heißt es: „Wir hoffen, dass die Plörre lange stinkt und so richtig nervt. Wir werden uns weiterhin zur Wehr setzen, das war nur der Anfang.“ Auf die Bitte der Redaktion, Kontakt zum Verfasser des Beitrags herzustellen, um ihn oder sie zu den Beweggründen zu befragen, kam bisher keine Rückmeldung der Seite Indymedia.

Der 23-jährige Alexander Hoffmann fühlt sich missverstanden. Sein Engagement für die AfD sei ein privater Aspekt seines Lebens und habe nichts mit seinem gastronomischen Konzept zu tun. „Ich bin nur sachkundiger Bürger und ich habe kein Direktmandat gewonnen. Ich habe mich nicht selbstständig gemacht, um politische Ideale zu verfolgen. Ich habe schon als Kind davon geträumt, Gastgeber zu sein“, betont er. Gleichwohl habe er bereits überlegt, aus der AfD auszutreten. „Aber ich glaube nicht, dass das noch etwas an den Anfeindungen ändert. Dabei ist meine Unterstützung der AfD nur ein ganz kleiner Teil meiner Person.“

Politische Reaktion auf Angriffe

In Schwelm haben die Ereignisse politische Reaktionen ausgelöst. Bürgermeister Stephan Langhard verurteilte in der jüngsten Ratssitzung die Anfeindungen gegen Hoffmann scharf und sprach von einem Angriff auf das friedliche Zusammenleben in der Stadt. „Auch wenn ich die politischen Positionen der AfD entschieden ablehne: Demokratie lebt um leidenschaftlichen Streit um Argumente und nicht von Gewalt und Einschüchterung“, so Langhard.

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Kirschner äußerte sich im Rat deutlich. Gewalt gegen politisch Andersdenkende sei inakzeptabel und selbst Ausdruck von Extremismus. „Den Rechtsstaat kann nicht verteidigen, wer ihn verlässt“, sagte Kirschner und betonte, dass es zwar legitim sei, die politischen Positionen der AfD kritisch zu hinterfragen, dies müsse jedoch im Rahmen einer sachlichen Debatte geschehen. „Gewalt ist niemals die richtige Form der politischen Auseinandersetzung, ganz gleich, wie sehr man eine Haltung ablehnt.“

Alexander Hoffmann selbst habe inzwischen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, berichtet er. Das Restaurant sei laut Hoffmann bereits mit Kameras und einem Alarmsystem ausgestattet. Gemeinsam mit dem Opferschutz und seinem Vermieter prüfe er weitere Maßnahmen. Auch für Fahrzeuge plant Hoffmann Schutzvorkehrungen wie Dashcams und eine erweiterte Alarmanlage. Dennoch bleibt seine Unsicherheit: „Ich habe nie wirklich Angst um mich als Person, sondern ich sehe immer auch die Mitarbeiter und meine Familie. Das macht mir mehr Angst.“

Westfalenpost vom 09.04.2026:

Anschlag auf Keglerheim in Gevelsberg

Wirtin Inga Beliaschova vermietet regelmäßig an die AfD. Das soll der Grund für nächtliche Attacken mit Steinen und Glasflaschen voller Farbe gewesen sein.

Stefan Scherer

Gevelsberg. Die Hagener Straße schläft tief und fest, als die Steine gegen 2 Uhr die Fensterscheiben des Keglerheims in Gevelsberg durchschlagen und in den Wohnräumen landen. Nur Sekunden später fliegen Glasflaschen, gefüllt mit lila Farbe, hinterher. Einige von ihnen zerschellen an der Fassade, andere zerbersten in den Räumen. Ein politisch motivierter Anschlag? Zumindest geht der ermittelnde Staatsschutz davon aus, dass eine gewaltbereite linke Szene dahinterstecken könnte, die die Wirtin der Gaststätte einschüchtern will, die regelmäßig ihren Saal an die AfD vermietet. Dies ist nach der Tapas-Bar an der Schwelmer Kirchstraße bereits die zweite Gastronomie, die mutmaßlich von AfD-Gegnern attackiert wird (wir berichteten).

„Wir selbst haben von dem Angriff zunächst nichts mitbekommen, wir haben in einem anderen Teil des Hauses geschlafen“, sagt Inga Beliaschova, Inhaberin der Gaststätte. Während ihrem Mann die Immobilie gehört, betreibt sie die Gastronomie und vermietet ihre Räume – vor allem den Saal – seit einigen Monaten regelmäßig an die AfD. Die führt hier sowohl lokale als auch überregionale Veranstaltungen durch. Stets versammeln sich Gegendemonstranten an den Veranstaltungstagen auf der gegenüberliegenden Straßenseite; unter anderem Mitglieder des Bündnisses ENSSQ. Die Polizei ist jedes Mal vor Ort, musste bislang jedoch noch nie eingreifen, weil es zu Gewalttaten gekommen wäre.

„Ich bekomme aber seit Langem immer wieder Anrufe, in denen



Das Keglerheim in Gevelsberg in der Hagener Straße 78. Unbekannte warfen die Fensterscheiben mit Steinen und Glasflaschen voller Farbe ein.

Katleen Diekgrafe [2]



Inga Beliaschova und ihr Mann sind nicht gegen Vandalismus versichert, und bleiben auf einem hohen Schaden sitzen.

Immer wieder finden Gegendemonstrationen und Polizeieinsätze statt, wenn die AfD sich auch zu überregionalen Treffen im Keglerheim einfindet. A. K.



Druck aufgebaut wird, dass ich nicht mehr an die AfD vermieten soll“, sagt die Wirtin auf Nachfrage der Redaktion. Sie sei selbst in keiner Partei, doch dem Druck nachzugeben sei für sie keine Option, weil sie in der Vermietung einen normalen Geschäftsvorgang sehe. „Davon leben wir, und wenn ich nicht vermiete, verdiene ich kein Geld. Es ist nicht verboten, an die AfD zu vermieten, deshalb werde ich das auch weiterhin tun.“

An dieser Haltung, so betont sie, habe auch der Anschlag in der Nacht auf Dienstag nichts geändert, auch wenn sie und ihr Mann – wie sie schätzt – auf mehreren tausend Euro Schaden sitzen bleiben. „Wir haben keine Versicherung gegen Vandalismus. Die Fensterscheiben müssen ersetzt werden, Gardinen und Möbel ebenso.“ Für die versauten Böden wartet sie

noch auf den Kostenvoranschlag des Handwerkers. Zudem habe der Hund unter einem der Fenster gelegen, musste nach der Farbbatacque geschoren werden.

Erst am Samstag vor der Tat hatte sich die AfD in den Räumen getroffen. Alexander Maurer, Kreisvorsitzender und Fraktionschef in Gevelsberg, will das Keglerheim auch weiterhin als feste Lokalität für Treffen der Rechtsaußenpartei nutzen. „Wir haben sofort mit der Frau gesprochen und unterstützen sie. Außerdem werden wir auf diese Anschläge reagieren, sodass solche Dinge künftig ausgeschlossen sind“, sagt er im Gespräch mit der Redaktion. Auf Nachfrage, wie er das garantieren möchte, will er nicht ausschließen, das Keglerheim rund um die Uhr bewachen zu lassen.

Er selbst werde regelmäßig be-

droht und beschimpft, und berichtet, es habe Manipulationen an seinem Auto gegeben, auf die er nicht näher eingehen will. Eine Anzeige bei der Polizei hat er bislang nicht erstattet.

Dies hat allerdings Inga Beliaschova getan. Nachbarn hatten die berschenden Scheiben gehört, waren aus dem Schlaf aufgeschreckt und hatten die Polizei alarmiert. Der Fall liegt wegen des vermuteten politischen Hintergrunds der Tat beim Staatsschutz in Hagen. Noch am Dienstag hat jemand ein Bekenner-schreiben zu dem Anschlag auf das Keglerheim auf der Plattform Indymedia hochgeladen. Der Verfasser nennt sich „Aus Liebe zu Gevelsberg Claus Jacobi + Friends“ und schreibt dort unter dem Titel „AfD-Treffpunkt ‚Keglerheim‘ entglast und mit Farbe verschönert“. Das Schreiben ist im Plural gehalten, sodass es sich laut

dieser Aussage um mehrere Täter gehandelt haben müsste. Zur Echtheit des Schreibens lassen sich jedoch nur ganz bedingt Aussagen treffen, denn auf dieser Plattform kann grundsätzlich jeder anonym etwas publizieren.

Dort war auch bereits das erste Bekenner-schreiben zu den Angriffen auf den Schwelmer Gastronom und sachkundigen Bürger der AfD, Alexander Hoffmann, publiziert worden. Auch hier sind keine Klarnamen vorhanden. Ob diese beiden Schreiben tatsächlich von den wahren Verursachern stammen, ist nicht zu verifizieren.

Dass die AfD die Anschläge in Schwelm und Gevelsberg selbst inszeniert hat, davon geht die Ermittlungsbehörde in beiden Fällen nicht aus. Die Frage kommt auf, weil Mitte März ein AfD-Politiker in Mittelfranken sein eigenes Auto angezündet und versucht hatte, dies als linksextremen Terror zu verkaufen. Doch in beiden heimischen Fällen sieht der Staatsschutz laut Informationen dieser Zeitung derzeit keine Anhaltspunkte, davon auszugehen, dass diese fingiert sind.

„Wir haben in beiden Fällen bislang niemanden ermitteln können und sind vor allem bei dem Fall am Keglerheim in Gevelsberg auf Zeugen angewiesen. Wir hoffen, dass jemand etwas mitbekommen hat und so zur Aufklärung des Falles beitragen kann“, sagt Ramona Arnold, Pressesprecherin des Polizeipräsidiums Hagen, wo die Staatsschutzsachen behandelt werden. Zeugen können sich telefonisch unter 02331/9862066 melden. Inga Beliaschova hat der Behörde laut eigener Aussage zudem die Telefonnummer weitergegeben, von der aus sie mehrfach angerufen und unter Druck gesetzt worden war.

In der Vergangenheit war im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis die linke Szene nicht durch Mitglieder auffallen, die Bereitschaft zur Gewalt oder zu Sachbeschädigungen zeigten. Die mehr als 15 Anzeigen, die der Schwelmer AfD-Mann Alexander Hoffmann aufgegeben hat, sowie der Anschlag auf das Gevelsberger Keglerheim deuten darauf hin, dass sich dies möglicherweise geändert hat.